

29.04.2010 – 09:33 Uhr

## **pafl: Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 20 Prozent - Interpellationsbeantwortung der Regierung**

Vaduz (ots) -

Vaduz, 29. April (pafl) - In der Sitzung vom 27.

April 2010 genehmigte die Regierung die Interpellationsbeantwortung an den Landtag über die Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen.

Die liechtensteinische Regierung hat beschlossen, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 20 Prozent unter das Niveau von 1990 zu reduzieren. "Sollten andere Staaten im Rahmen eines verbindlichen Klimaabkommens vergleichbare Zugeständnisse machen, so soll das Ziel auf 30 Prozent erhöht werden", so Regierungsrätin Renate Müssner.

Massnahmen in verschiedenen Politikbereichen

Die für Liechtenstein gegenüber dem Klimasekretariat in Aussicht gestellten Reduktionsziele bewegen sich im selben Rahmen wie jene anderer Industriestaaten und sind identisch mit jenen der Schweiz und der EU. Zur Zielerreichung sind Massnahmen in verschiedenen Politikbereichen vorgesehen, wobei der Schwerpunkt bei Massnahmen zur Reduktion fossiler Brenn- und Treibstoffe liegt. Mit Massnahmen im Inland werden aber nicht alle erforderlichen Reduktionen zu erreichen sein, weshalb zur Zielerreichung im Ausland generierte Reduktionen zugekauft werden müssen.

Wechsel von fossilen Energieträgern zu erneuerbaren Energieträgern

Im Inland führen die Vorschriften im Umweltbereich, die Förderungen nach dem Energieeffizienzgesetz sowie die fortschreitende Umsetzung des Massnahmenplanes Luft zur weiteren Reduktion des Ausstosses von Treibhausgasen. Damit verbunden ist ein weitgehender Wechsel von fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren Energieträgern insbesondere im Bereich von Brennstoffen, was zu merklichen Absatzrückgängen bei den Lieferanten solcher Brennstoffe führen wird. "Den Ausgaben des Staates für Fördermassnahmen nach dem Energieeffizienzgesetz, Beiträgen an Einzelprojekte und den Zukauf zusätzlicher, im Ausland generierter Reduktionen stehen Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf fossile Brenn- und Treibstoffe gegenüber. Je nach Betrachtungsweise und Zuordnung dieser Ausgaben und Einnahmen resultiert ein unterschiedlich hoher Ausgabenüberschuss, der einen zusätzlichen Nutzen für die Volkswirtschaft und die privaten Haushalte generiert", betont Regierungsrätin Renate Müssner.

Kontakt:

Ressort Umwelt Raum, Land- und Waldwirtschaft  
Jeannine Preite-Niedhart, Ressortsekretärin  
T +423 236 6093